

nächsten Tagesordnungen den Vortrag über diese Differenzen zu bringen.

Präsident Braun: Ich werde diesen Wunsch berücksichtigen. Wir kommen nun zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, zum Vortrage des Berichts der vierten Deputation über die Aufrechthaltung der deutschen Nationalität in den Herzogthümern Schleswig-Holstein und Lauenburg. Herr Referent Secretair Tzschucke wird ersucht, diesen Vortrag zu geben.

Referent Secretair Tzschucke: Da der Bericht schon seit längerer Zeit sich in den Händen der Kammermitglieder befindet, auch, was das Publicum betrifft, in den Zeitungen vielfach veröffentlicht worden ist, so wird kein Bedenken vorhanden sein, von der Vorlesung desselben abzusehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, an die Kammer deshalb eine Frage zu stellen.

Präsident Braun: Theilt die Kammer die so eben ausgesprochene Ansicht des Referenten? — Einstimmig Ja.

Dieser Bericht lautet:

In der von Robert Blum und 1154 Genossen zu Leipzig eingereichten Petition, sub Nr. 90 der Hauptregistrande, wird unter 4 an die Ständeversammlung das Gesuch gerichtet:

Sie wolle zur Aufrechthaltung der deutschen Volksthümlichkeit in den Herzogthümern Schleswig-Holstein und Lauenburg und der verfassungsmäßigen Rechte dieser Länder die geeigneten Anträge bei der hohen Staatsregierung stellen.

Dieser Petition haben sich

- 1) Der Diaconus M. Karl Friedrich Gurlitt und 51 Genossen zu Taucha,
- 2) mehrere Bewohner der Stadt Adorf, Wilhelm Becker und 53 Genossen,
- 3) der Kaufmann Hugo Behner und 64 Genossen zu Richtenstein,
- 4) Richard Glas und 36 Genossen zu Borna,
- 5) der Stadtrath und die Stadtverordneten zu Lössnitz, Bürgermeister Karl Adolf Stoffel und Genossen,
- 6) der Buchdrucker Joseph Wilhelm Thallwitz und 80 Genossen zu Döbeln,
- 7) der Doctor Emil Meißner und 57 Genossen zu Mügeln und dessen Umgegend,
- 8) Otto Scheufler, Lehrer in Lommaßsch und 113 Genossen daselbst und in 17 andern Ortschaften,
- 9) der Gemeindevorstand Karl Wilhelm Morgner zu Elfeld und 272 Genossen daselbst und zu Falkenstein,
- 10) der Rathsaetuar Siegismond Raschke und 66 Genossen zu Leisnig,
- 11) 123 Bürger der Stadt Zwickau, Franz Anton Ehrler und Genossen,
- 12) 80 Bewohner der Stadt Zittau, Advocat E. G. Roscher und Genossen,
- 13) 134 Einwohner zu Plauen, Hermann Sammler und Genossen,
- 14) Karl Böhme und 120 Genossen zu Treuen,
- 15) E. P. Diehsch und 111 Genossen zu Mühltröpp,

- 16) Wilhelm Prehsch und 130 Genossen zu Bernstadt und der Umgegend,
- 17) der Privatgelehrte Karl Lehmann und 57 Genossen zu Schneeberg,
- 18) der Vorstand der Stadtverordneten, Karl Gustav Frenzel und 147 Einwohner zu Hainichen,
- 19) die Stadtverordneten zu Geringswalde, Karl Friedrich Möbus und Genossen,
- 20) der Bürgermeister Franz Julius Behner und 87 Genossen zu Auerbach, angeschlossen.

Die Petenten beklagen mit dem lebhaftesten Bedauern die Maaßregeln, die von der dänischen Regierung gegen die deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg ergriffen und immer noch festgehalten werden, Maaßregeln, deren ungehemmte Durchführung die Schmälerung verfassungsmäßiger Rechte und die Ausrottung deutschen Volksthum in diesen Ländern zur Folge haben würde. Sie haben schon mit bitterm Schmerze die systematische Unterdrückung des Deutschthums in den russischen Ostseeprovinzen, in Belgien und in den französischen Grenzländern erfahren müssen und wünschen nicht, daß eine deutsche Regierung geduldig mit ansehe, wie auch diese Herzogthümer entdeutsch werden. Die Interessen Deutschlands würden durch jene Maaßregeln, dem in dem zweiten Artikel der Bundesacte ausgesprochenen Zwecke des deutschen Bundes zuwider, schwer verletzt. Im innigsten Mitgefühl für ihre deutschen Brüder, die mit Standhaftigkeit gegen die Beeinträchtigung ihrer volksthümlichen Verfassung und für die Erhaltung ihrer staatsrechtlichen Ansprüche kämpfen, in gerechter Besorgung, daß das Beispiel der dänischen Regierung auch Andere verleiten könne, ihre Grundsätze zu befolgen, und im Bewußtsein der heiligen Pflicht, des deutschen Volkes Ehre zu wahren, glauben sie ihr Gesuch begründet.

Die unterzeichnete, mit der Berichterstattung beauftragte Deputation hat sich hierüber mit einem königlichen Herrn Commissar vernommen und nachstehenden Bericht zu erstatten.

Schon seit Jahren wird in öffentlichen Blättern, Denk- und Streitschriften, in Ständeversammlungen und im Volke darüber verhandelt, daß die dänische Regierung beabsichtige, die Herzogthümer Schleswig-Holstein sammt dem Herzogthume Lauenburg dem eigentlichen Dänemark einzuverleiben, damit es ein einziges unzertrennliches Reich sei, welches ein untheilbares Erbe nach den Bestimmungen des Königsgesetzes gehe. Hierüber ist ein geistiger Kampf entstanden, in welchem das deutsche Element mit allen Waffen des Rechts, des Nationalgefühls und der Energie ringt, um nicht in dem Namen eines andern Volks unterzugehen. Die Einführung der dänischen Sprache, das dänische Heercommando, der Finanzstreit, der Beschluß über Aufhebung der Zollgrenze zwischen Dänemark und Holstein geben deutlich an die Hand, daß die deutschen Herzogthümer von einem richtigen Vorgefühl erfüllt sind, wenn sie ihre verbrieften Rechte, ihr Vaterland und ihre Sprache in Gefahr sehen.

Ehe die Deputation sich hierüber verbreitet, hält sie für nothwendig, einen Blick auf die Geschichte und die Rechte der Herzogthümer, welche ihnen ihre Selbstständigkeit und Nationalität begründen, zu werfen.

Die Herzogthümer Holstein und Lauenburg gehören bekanntlich zu dem deutschen Bunde, da der König von Dänemark als Herzog derselben dem deutschen Bunde auf dem Congreß zu Wien beitrug. Ein verwickelteres Verhältniß findet in Hinsicht